

Beschluss der Fraktion der Freien Demokraten im Deutschen Bundestag

Lehren aus der Corona-Krise: Impulse für die Schule der Zukunft

Unser Ziel: Die Corona-Krise wird nicht zu einer Chancen-Krise.

Die abrupten Schulschließungen waren eine bisher historische Ausnahmesituation. Das ungeplante Lernen von zu Hause ist für die Schulen, Eltern sowie Schülerinnen und Schüler, ein unglaublicher Kraftakt. Engagierte Lehrkräfte haben Schülerinnen und Schüler in der Phase des Improvisierens hervorragend unterstützt. Andere waren hierfür nicht vorbereitet oder ausgebildet. Nun wird Unterricht in Schichtmodellen und digitales Lernen von zu Hause Teil einer neuen Normalität. Lehrkräfte müssen dazu befähigt werden in diesen hybriden Unterrichtsmodellen ihre Schülerinnen und Schüler bestmöglich zu unterstützen. Denn die Corona-Krise darf nicht zu einer fundamentalen Chancen-Krise für Kinder und Jugendliche und kein verlorenes Schuljahr für die Schulen werden.

Die Corona-Krise zeigt deutlich die Missstände unseres Bildungssystems: Geschlossene Schulen in Kombination mit fehlenden Konzepten und Tools für das Homeschooling vergrößern die soziale Kluft. Viele Schulen haben eine marode Bausubstanz und Infrastruktur. Die Lehreraus- und -weiterbildung ist praxisfern. Schulen haben zu wenig Freiheiten. Der Bildungsföderalismus ist aus der Zeit gefallen (Vgl. Der Spiegel vom 24. April 2020). Und: Die lange Zeit verschlafene Digitalisierung unseres Bildungssystems fällt uns jetzt auf die Füße. Auch deswegen haben zwei Drittel der Schulen bislang kein Gesamtkonzept für den Fernunterricht (vgl. Vodafone Stiftung 2020). Krisen sind aber auch Chancen für Neues.

Unsere Lösung: Machen wir die Corona-Krise zu einem Chancenmotor für die Schulen.

Begreifen wir die Corona-Krise als Chancenmotor für unsere Schulen. Trauen wir uns jetzt, innovativ und mutig in die Schule der Zukunft zu starten. Damit wir allen Schülerinnen und Schülern weltbeste Bildung ermöglichen. Damit wir Lehrkräfte unterstützen, digital gerüstet noch besser zu unterrichten. Damit alle Schulen vielfältige, innovative und individuelle Wege beschreiten können. Wohlwissend, dass viele Impulse in Länderkompetenz liegen, wollen wir mit unserem Konzept eine gesamtgesellschaftliche Debatte anstoßen und die Suche nach den besten Lösungen mitgestalten.

Unsere Impulse für die Schule der Zukunft:

1. Ein digitaler Quantensprung für unser Bildungssystem

In Dänemark gab es 2001 einen ersten Digitalpakt für die Schulen. In Deutschland 2019. Im bürokratischen Digitalpakt wurden von über fünf Milliarden Euro erst 150 Millionen abgerufen (vgl. Die Zeit vom 13. März 2020). Konzepte für die Aus- und Weiterbildung von Lehrkräften fehlen, sie blieben auf Wunsch der Länder in ihrer Hand. Es fehlen digitale Endgeräte für alle Schülerinnen und Schüler. Viele Lehrkräfte müssen über private E-Mail-Adressen im datenschutzrechtlichen Graubereich arbeiten. Aus all diesen Gründen kommunizierten in Zeiten der Schulschließungen nur 14% der Lehrkräfte mit ihren Schülerinnen und Schülern in Videokonferenzen (vgl. Robert-Bosch-Stiftung 2020).

Unsere Lösung: Ein digitaler Quantensprung für unser Bildungssystem

Wir brauchen einen digitalen Quantensprung für unser Bildungssystem: Onlinekurse mit guten Inhalten, geschultes Lehrpersonal und einen Zugang zu mobilen Endgeräten für alle. Aus einem Pool von qualitätsgeprüften digitalen Lernangeboten sollten Schulen unkompliziert die für sich besten Angebote auswählen können. Hierzu sollte eine Plattform errichtet werden, auf der sich Lehrkräfte vernetzen können und so gegenseitig auf aufbereitete digitale Angebote und den damit gemachten Erfahrungen zurückgreifen können. In Zusammenarbeit der Länder soll hier eine White-List (Positiv-Liste) qualitativ hochwertiger, qualitätsgeprüfter Online-Anbieter erstellt und Angebote der Lehrerweiterbildung digital zur Verfügung gestellt werden. Da diese Möglichkeiten im Digitalpakt nicht berücksichtigt sind, sollten ihn Bund und Ländern hierfür öffnen. Gleichzeitig braucht es eine radikale Entbürokratisierung des Digitalpakts, damit die Gelder endlich bei den Schulgemeinden ankommen. Schulen sollten sich ab sofort nicht mehr durch Unmengen an bürokratischen Unterlagen quälen müssen und jetzt nicht mehr umfangreiche Medienentwicklungspläne erstellen müssen, um Gelder zu erhalten. Sondern die jetzt allorts gewonnenen Erfahrungen bezüglich des digitalen Unterrichts sollten für eine zukünftige Antragsstellung vollkommen ausreichend sein.

Und: Digitale Endgeräte sollten endlich als Lernmittel für bedürftige Familien anerkannt werden. Diese müssen zukünftig so selbstverständlich in allen Schultaschen zu finden sein wie Hefte, Bücher oder Bleistifte.

Für eine langfristige Finanzierung dieser Aufgaben muss ein Digitalpakt 2.0 des Bundes folgen, damit angeschaffte Technik dauerhaft Eingang in moderne digitale Lern- und Lehrmethoden findet. Dann können wir auch in hybriden Unterrichtsmodellen Schülerinnen und Schüler individuell bestmöglich und didaktisch anspruchsvoll unterstützen. Digitale Bildung kann so helfen die soziale Kluft zu schließen und eine Brücke zum sozialen Aufstieg für alle werden.

2. Alle Lehrkräfte brauchen digitale Kompetenzen

Die Corona-Krise zeigt die Wichtigkeit einer zeitgemäßen Aus-, Fort- und Weiterbildung der Lehrkräfte. Mit digitalen Hilfsmitteln können wir Schülerinnen und Schüler viel individueller fördern. Die Chancen der Digitalisierung können alle Lehrkräfte aber nur nutzen, wenn sie entsprechende Kenntnisse haben. Denn die beste Infrastruktur hilft nicht, wenn digitale Bildung in der Lehrerbildung einen oftmals unzureichenden Platz hat: 60% der angehenden Lehrerinnen und Lehrer fühlen sich nicht auf die digitalen Anforderungen von Schule vorbereitet (vgl. Studitemps 2019).

Unsere Lösung: Eine exzellente Lehrerausbildung und Offenheit für innovative Reformstudiengänge

Bund, Länder, Wissenschaft und Schulpraxis sollten gemeinsam bundesweite Mindeststandards für eine exzellente Lehrerausbildung festlegen, die eine gute Balance zwischen fachwissenschaftlicher und pädagogischer Bildung schafft. Digitalkompetenzen, die Chancen der Künstlichen Intelligenz für Lernprozesse und digitale Lern- und Lehrmethoden müssen feste Bestandteile der Lehrerausbildung werden. Die KI-gestützten Möglichkeiten für die Individualisierung des Lernens und Lehrens von Kindern und Jugendlichen, die entsprechend angepasste Didaktik und die sich verändernde Rolle von Lehrkräften im Unterrichtsgeschehen, die Funktionsweise von Algorithmen sowie grundlegende IT- und Software-Kenntnisse müssen schnellstens Eingang in die Lehrerausbildung finden. Wir schlagen vor, dass zu diesen Mindeststandards die verpflichtende Einrichtung von eigenständigen Fakultäten für die Lehrerbildung gehören. Solche Schools of Education führen dann die bislang an den meisten Hochschulen zerklüftete Lehrerausbildung zusammen. Schools of Education verknüpfen Fachwissenschaft, Fachdidaktik und Praxisphasen eng miteinander. Als eigenständige Fakultät mit Finanzhoheit über die Lehrerausbildung und eigenem Promotions-/ Habilitationsrecht bekäme die Lehrerausbildung den Stellenwert, den es braucht um angehenden Lehrerinnen und Lehrern eine exzellente Ausbildung zu bieten.

Es braucht Offenheit für innovative Reformstudiengänge, deren Modelle wissenschaftlich überprüft und im Erfolgsfall in den Regelbetrieb einfließen. Durch ein duales Lehramtsstudium, in dem sich Theorie und Praxis abwechseln, könnte das Referendariat entfallen. Ein Lehramtsmaster, der erst nach einem regulären Fachbachelor ansetzt, könnte mehr Studierenden den Zugang zum Lehramt eröffnen. Ein berufsbegleitender Studiengang könnte Quereinsteiger passgenau qualifizieren. Gerade Quereinsteiger können mit einem unverstellten Blick innovative Impulse in das Schulsystem bringen.

Unsere Lösung: Pflicht- und Kür-Modell für Lehrerfortbildungen

Wir fordern ein Pflicht- und Kür-Modell für Lehrerfortbildungen. Denn einerseits sollten die Länder noch besser die gesetzliche Pflicht zur Fortbildung für Lehrkräfte umsetzen. Hierzu sollten die Bundesländer – wie zuletzt Nordrhein-Westfalen - eine systematische Analyse – auch z.B. über den digitalen –

Fortbildungsbedarf ihrer Lehrkräfte vornehmen und quantitative Daten über ihre Lehrerfortbildungen erheben. Andererseits wollen wir für Lehrerinnen und Lehrer einen rechtlichen Anspruch auf Weiterbildung von 40 Stunden im Jahr für formelle, informelle bzw. non-formale Bildung. Lehrerinnen und Lehrer dienen damit den Schülerinnen und Schülern auch als Vorbild für die Wichtigkeit des lebenslangen Lernen. Sowohl in ihrer eigenverantwortlich gestalteten Weiterbildung als auch in der Wahrnehmung verpflichtender Weiterbildung.

Unsere Lösung: Eine Deutsche Lehrerakademie hilft Lehrkräften noch besser zu werden

Ein rechtlicher Anspruch auf Weiterbildung allein reicht nicht aus, die Fortbildungsangebote müssen – auch in Zusammenarbeit mit Universitäten und ergänzt durch private Anbieter – massiv ausgebaut, weiterentwickelt und evaluiert werden. Bund und Länder sollten gemeinsam eine Deutsche Lehrerakademie einrichten, die deutschlandweit Lehrerfortbildungen entwickelt und anbietet, die auf neusten wissenschaftlichen Erkenntnissen basieren.

3. Mehr Wertschätzung und Unterstützung für Lehrkräfte

Engagierte Lehrkräfte haben ihre Schülerinnen und Schüler in der Krise bestmöglich unterstützt und innovative Unterrichtslösungen entwickelt. Die Hälfte der Grundschul-, Haupt-, Real- und Gesamtschullehrkräfte sowie ein Drittel der Gymnasiallehrkräfte schätzte jedoch ihre Arbeitsbelastung in der Zeit der Schulschließungen als geringer als zuvor (vgl. Forsa 2020). Dabei brauchen Kinder und Jugendliche gerade in Zeiten geschlossener Schulen mehr Hilfe und Anleitung. Wir finden: Engagierte Lehrkräfte verdienen mehr Wertschätzung, Unterstützung und Entwicklungsperspektive. Denn gute Lehrkräfte machen ihre Schülerinnen und Schüler zu Zukunftsgestaltern.

Unsere Lösung: 4-Stufen-Modell für beste Lehrerqualität

Um Lehrkräfte dabei zu unterstützen, noch besser zu unterrichten und die besten Absolventen für den anspruchsvollen Lehrberuf zu begeistern, braucht es attraktive Arbeitsbedingungen an autonomen Schulen, eine zeitgemäße Aus- und Fortbildung, transparente Aufstiegsmöglichkeiten sowie eine Bezahlung, die Engagement belohnt. Mit diesem 4-Stufen-Modell für beste Lehrerqualität wollen wir einen der wichtigsten zu einem der begehrtesten Job der Republik machen.

4. Volle Autonomie für starke Schulen

Studien belegen: Schülerleistungen sind dort besser, wo Schulen und Lehrkräfte mehr Gestaltungsspielräume haben (vgl. Hanushek, Lind u. Wößmann 2013). Die Corona-Krise hat gezeigt, dass Bildungssysteme als Ganzes viel schneller reagieren können, wenn ihre einzelnen Einheiten autonom sind. In Deutschland haben Bildungseinrichtungen oftmals zu wenig Autonomie, zusätzlich fehlen gemeinsame Ziele in Form von bundesweiten Lernzielen und Abschlussprüfungen.

Unsere Lösung: Volle Autonomie für starke Schulen

Mit mehr Gestaltungsfreiheit können Schulen neue Wege beschreiten. Wir fordern – wie im Koalitionsvertrag der NRW-Regierung verankert – mehr Gestaltungsfreiheit für Schulen durch Schulfreiheitsgesetze. Dazu gehört die eigenständige Profilbildung der Schulen etwa hin zu MINT, Sport oder dem musischen Bereich, die selbständige Auswahl von Lehrkräften, mehr Spielräume bei der Lehrplangestaltung sowie mehr Budgethoheit. Denn Schulen und Lehrkräfte vor Ort wissen am besten, wie sie die bestehenden Potentiale ihrer Schülerinnen und Schüler in den regionalen Gegebenheiten zur Entfaltung bringen. Ein erster Schritt sollte die Einrichtung von autonomen Innovationsbudgets an Schulen sein. Die Schulleitungen und Schulen sollten diese zur modernen und progressiven Gestaltung ihres Lebensraums eigenverantwortlich einsetzen dürfen.

5. Lerninhalte neu denken – Maker Spaces in Schulen

Viele Schülerinnen und Schüler arbeiten in Zeiten der Schulschließungen nicht im schulklassischen Stundentakt an Themen oder Fächern. Sondern durch die neuen Freiräume oft eigenständig und projektbezogen. Gleichzeitig ist die Förderung der 4K-Skills – Kreativität, kritisches Denken, Kommunikation und Kollaboration – eine der zentralen Aufgaben für die Schulen. Denn diese Kompetenzen entfalten die Innovationskraft der Kinder und Jugendlichen. Wir müssen also Lerninhalte neu denken. Starres Lernen in Stundentakten gehört der Vergangenheit an.

Unsere Lösung: Maker Spaces in Schulen

Wir fordern die Einrichtung von Maker-Spaces an allen Schulen. Hier geht es um die spielerische Verknüpfung von Theorie und Praxis in neuer Lernkultur. Daher sind die Maker-Spaces als eine Art offener Werkstätten den Schulen zur Seite gestellt und werden nicht in den Lehrplan selbst eingebunden. Zukunftsweisend sind Maker-Spaces insbesondere im MINT-Bereich, da Kinder und Jugendliche hier langfristig über eigene Erfahrungen und Projekte für MINT gewonnen werden und im Ergebnis auch eine Berufslaufbahn im MINT-Bereich anstreben.

6. Bundesweite Abschlussprüfungen für die Mittlere Reife und das Abitur

Die Abschlussprüfungen in Corona-Zeiten zeigen den dringenden Reformbedarf: In Rheinland-Pfalz und Hessen begannen die Abiturprüfungen im Januar bzw. März 2020. Einzelne Länder kündigten ohne Absprache an, die Abiturprüfungen wegen der Schulschließungen zu verschieben. Schleswig-Holstein dachte über eine vollständige Absage der Abiturprüfungen nach. Alle Schülerinnen und Schüler sollten gleiche Chancen auf gute Bildung haben und nicht der Zufall – also der Wohnort – über die Bildungschancen entscheiden. Bundesweite Abschlussprüfungen für die Mittlere Reife und das Abitur hätten

von Beginn an Alleingänge einzelner Länder verhindert und eine Vergleichbarkeit der Abschlüsse sichergestellt .

Unsere Lösung: Bundesweite Abschlussprüfungen für die Mittlere Reife und das Abitur

Wir fordern daher die Einführung bundesweit einheitlicher, hochwertiger und verbindlicher Bildungsstandards für alle Fächer und bundesweite Abschlussprüfungen für die Mittlere Reife und das Abitur in zumindest in den Kernfächern. Schülerinnen und Schüler verdienen eine faire Vergleichbarkeit ihrer Abschlüsse, die über ihren Ausbildungs- oder Studienplatz entscheiden.

7. Ein Kooperationsgebot macht den Bildungsföderalismus krisenfest

Die Corona-Krise zeigt: Der Bildungsföderalismus ist überfordert. Die Schulschließungen und -öffnungen sind unkoordiniert. Bei den Abschlussprüfungen gehen 16 Länder 16 unterschiedlichste Wege. Nicht einmal in Krisenzeiten können sich die Kultusminister auf ein gemeinsames Handeln einigen. Es braucht einen grundlegenden Systemwechsel.

Unsere Lösung: Ein Kooperationsgebot macht den Bildungsföderalismus krisenfest

Um schneller und effizienter zu agieren, sollte das paradoxe Kooperationsverbot zwischen Bund und Ländern abgeschafft werden. Beispielsweise um bundesweit Digitalkompetenzen und digitale Lern- und Lehrmethoden als feste Bestandteile der Lehrerausbildung zu verankern. Wir brauchen ein Kooperationsgebot. Bund und Länder könnten dann in zentralen Bildungsfragen dauerhaft und nachhaltig zusammenarbeiten. Nicht nur in Krisenzeiten.

Ansprechpartner:

Dr. h.c. Thomas Sattelberger MdB, bildungspolitischer Sprecher der FDP-Fraktion
Telefon: 030 227 - 71387 – E-Mail: thomas.sattelberger@bundestag.de